

„ADVOKATORISCHES ENGAGEMENT IST STARK VERBREITET“

SOZIOLOGE DIETER RUCHT ÜBER DIE MORALISCHEN GRUNDSÄTZE VON AKTIVISTEN, DAS PHÄNOMEN DES „SLACKTIVISM“ UND DIE ENTSTEHUNG VON SOZIALEN BINDUNGEN

Interview: Andrea Tholl



Haben Teilnehmer von Demonstrationen ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil?

Die Mehrzahl der Protestierenden ist sehr gut gebildet und kommt eher aus den mittleren Altersgruppen. Männer sind überrepräsentiert, ihr Anteil liegt bei etwa 60 Prozent.

Wieso protestieren mehr Männer als Frauen?

Männer weisen ein stärkeres Interesse an Politik auf. Sie stellen auch in Parteien und Gewerkschaften die Mehrheit.

Ist Angst ein wichtiger Faktor, wenn Menschen demonstrieren?

Ja. Bei Hartz IV-Demonstrationen spielt zum Beispiel die Angst vor Statusverlust eine enorm große Rolle. Es können außer Ängsten jedoch noch andere Betroffenheiten vorliegen. Wenn Menschen beispielsweise im Umland von Flughäfen Eigentum besitzen. Sie werden aus einer sehr nüchternen Kalkulation heraus aktiv. Man will

schließlich nicht, dass die Eigentumswohnung oder das Grundstück an Wert verliert. Protestierende verteidigen vielfach ihre ureigensten Interessen.

Geht es ihnen immer um persönliche Motive?

Nicht immer. Unter den gebildeten Mittelschichten ist auch das sogenannte „advokatorische Engagement“ sehr stark verbreitet. Leute setzen sich für Dinge ein, von denen sie persönlich keine unmittelbaren Vorteile erwarten können. Wenn es etwa um den Schutz indigener Völker geht, um den Regenwald oder ganz allgemein um den Klimaschutz.

Was treibt diese Menschen an?

Sie haben moralische Grundsätze und ein Verantwortungsgefühl. Man denkt über den eigenen Horizont hinaus. Bei einer Friedensdemonstration anlässlich des Irak-Krieges 2003 sagten etwa zehn

Prozent der Befragten, sie glaubten nicht, dass ihr Protest irgendwas nützt, dass der Krieg dadurch aufzuhalten sei. Aber sie wollten vor sich selbst bestehen und später ihren Enkeln sagen können: Ich habe damals das mir Mögliche getan.

In Kiew wurden über 80 Demonstranten getötet. Warum riskierten Familienväter und -mütter dort ihr Leben?

Sie verteidigen moralische Grundsätze oder es werden persönliche Nachteile befürchtet wie der Verlust des Arbeitsplatzes. Und wenn dann noch dazukommt, dass Machthaber als korrupt und opportunistisch wahrgenommen werden, steigt die Wut. In diesen Situationen der aufgeheizten Emotionen, der Wut und der Empörung, gehen manche Leute eben bis zum Äußersten. Sie riskieren Kopf und Kragen.

Welche Unterschiede gibt es zwischen den Protestierenden im Internet und denen im öffentlichen Raum?

Man kann verschiedene Gruppen ausmachen. Die eine, meist die ältere Generation, beteiligt sich nicht so stark an der Internet-Kommunikation und setzt bei Protesten auf die klassische Form, also öffentliche Demonstrationen. In der Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen begnügen sich viele damit, ihre Proteste per Maus-klick kundzutun. Dazwischen gibt es Gruppen, die online wie offline präsent sind.

Bitte beschreiben Sie genauer das Verhalten der jüngeren Aktivisten.

Unter ihnen gibt es das Phänomen des sogenannten „slacktivism“ oder auch „clicktivism“. Diese Leute machen es sich relativ bequem. Sie haben zwar ein politisches Interesse, sind aber nicht bereit, allzu große Opfer bringen. Sie begnügen sich damit, gelegentlich eine elektronische Unterschrift zu leisten und sich Kampagnen anzuschließen, die sich darauf spezialisiert haben, zu politischen Themen per Internet zu mobilisieren. Die Reduzierung auf einen Mausklick bedeutet die Verabschiedung von anspruchsvolleren und intensiveren Formen des Engagements, ähnlich wie der „Scheckbuchaktivismus“ vieler Unterstützer von Greenpeace.

Heißt das, die Netzaktivisten sind weniger mutig als diejenigen, die auf die Straße gehen?

Nicht generell. Es gibt diejenigen, deren Kommunikation überwiegend im Netz stattfindet. Für die ist eine andere Art des Protestes zu mühsam. Aber es gibt auch diejenigen, die sich auf allen Kanälen tummeln. Sie gehen auf Demonstrationen, unterzeichnen Petitionen und unterstützen Kampagnen-Netzwerke. Ich selbst bin auch bei Campact im Verteiler und beteilige mich gelegentlich an deren Aktionen.

Welche Form des Protestes – digitaler oder öffentlicher – macht die einzelne Person zufriedener?

Ein Gemeinschaftserlebnis kann durch individualisierte Mausklicks

nicht ersetzt werden. Die Leute sitzen vor dem Computer und agieren zunächst alleine. Aber Offline-Proteste bedeuten – das konnte man in Kiew und auch in Kairo sehen –, dass man stundenlang zusammen ist, gemeinsam Schilder malt, sich bei einer Sitzblockade unterhakt und von der Polizei wegtragen lässt. Solche Erlebnisse bringen die Leute eng zusammen. So entstehen starke emotionale und soziale Bindungen.

Wie radikal darf ein Aktivist sein, um seine Werte zu verteidigen?

Das lässt sich nicht ohne die Formulierung von Randbedingungen beantworten. Als politischer Mensch sage ich, dass es hierzulande in Grenzen möglich sein muss, zum Mittel des zivilen Ungehorsams zu greifen – dem wohlverstandenen im Sinne von Gandhi oder Martin Luther King. Das bezieht sich allerdings nur auf Ausnahmesituationen unter ganz bestimmten Voraussetzungen, nämlich, dass andere Mittel des Protestes erfolglos ausgeschöpft wurden, dass man gewaltfrei vorgeht, sich zu seinen Taten bekennt und auch Sanktionen in Kauf nimmt. Innerhalb von demokratisch-pluralistischen Rahmenbedingungen gibt es keinen Grund, zum Mittel der Gewalt zu greifen. Aber persönlich meine ich, dass es Situationen geben kann, in denen dieses Mittel opportun ist.

Wann zum Beispiel?

Es gibt Extremsituationen, in denen auch ehrenwerte und moralisch gesinnte Leute überzeugt sind, Gewalt sei angemessen, vielleicht sogar notwendig. Wie will man zum Beispiel einen Diktator stoppen, der tagtäglich unschuldige Menschen umbringen lässt?



Prof. Dr. Dieter Rucht, 67, studierte auf Lehramt an der Universität München, wo er 1980 in Politikwissenschaft promovierte. Er lehrte und forschte u.a. in Cambridge, Paris und Michigan. Von 1988 bis 1997 war er wissenschaftlicher Angestellter am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). 1995 habilitierte Rucht in Berlin. 1998 bis 2000 war er Soziologie-Professor an der University of Kent at Canterbury. Danach übernahm er am WZB die Ko-Leitung der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“. Seit 2001 ist Rucht Honorarprofessor an der Universität Berlin. Im Juni 2011 wurde er emeritiert. Rucht ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.